



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Frankreich, Italien und die Kaiserbegegnung. Es gibt keinen besseren Maßstab für den eigenen Erfolg, als den Ärger unserer Feinde. An den Stimmen der Entente-Pressen aus den Tagen, nachdem die Erweiterung und Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses vollzogen und vor aller Welt bekundet worden war, läßt sich die Probe darauf machen, daß die Begegnung der verbündeten Monarchen von Erfolg und Wirkung gewesen ist. Der Ton in den feindlichen Blättern ist völlig umgeschlagen. Österreich-Ungarn, das sie bisher heimlich umschmeichelten, weil sie glaubten, seine Treue könnte wankend werden, wird jetzt heftig gescholten, weil es für diese Treue erneut Zeugnis abgelegt hat. Bei den italienischen Blättern mag eine solche Auffassung nicht weiter auffallend sein, den Italienern geht es wie dem Verbrecher, der sich einen Komplizen sucht, schon um nicht mit seinem schlechten Gewissen allein zu sein. Es ist ihnen wohl das Gespenst des rumänischen Strafgerichtes erschienen, und seit der Kaiserbegegnung wächst zusehends die Angst vor der nächsten Schlacht, die nach den zwölf Szonozschlachten gerade die dreizehnte ist (und der Italiener ist sehr abergläubisch). — Nachdem die Entente-Pressen so oft versucht hat, das gegenseitige Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn als gelockert und halb gelöst hinzustellen, und der Regierung in Wien heimliche anti-deutsche Politik anzudichten — wobei der Wunsch der Vater des Gedankens war —, fällt sie jetzt in das andere Extrem; sie findet das Verhältnis bindender und drückender für Österreich, als es sich für einen souveränen Staat gezieme, und behauptet, Österreich dürfe nun offenbar nur noch deutsche Politik machen. Der „Temps“ (25. Mai) stellt fest, daß Österreich „immer tiefer in die Abhängigkeit von Deutschland gerät“, der „Gaulois“ (14. Mai), daß es „die letzten Spuren seiner Unabhängigkeit geopfert und Deutschland seine militärische und wirtschaftliche Kraft ausgeliefert hat, das „Journal des Débats“ (15. Mai) gar, daß dies Bündnis „eine Verdoppelung der Knechtschaft für Österreich“ ergeben hat.

Ganz ähnlich das Echo aus Italien: der „Corriere della Sera“ (17. Mai) spricht von Scheinsouveränitäten, „Italia“ (15. Mai) konstatiert, Deutschland gehe darauf aus, Österreich-Ungarn „unter seine Faust“ zu bringen. „Popolo d'Italia“ (16. Mai) läßt sich von einem „Vasallentum Österreichs“ telegraphieren und dies „Vasallentum“ kehrt in der ganzen Presse wieder.

„Hast du das von dir abgenommen? Hast du diese stolze Anmerkung über dich selbst gemacht?“ könnte man hier die lateinischen Schwestern fragen. Italien, das von England Kohlen bekommt, wenn es Mannschaften liefert, Frankreich, das den Kampfplatz bildet, auf dem England seine Welt-herrschaft verliert — und man weiß, „England kämpft bis zum letzten Blutstropfen der Franzosen“ —, sie beide müssen wissen, daß man ein Vasallentum „Bündnis“ nennen kann; und sie können sich's anscheinend gar nicht anders denken und nennen darum Österreichs Bündnis „Vasallentum“. Von besonderem Reiz ist dabei, daß die Entente-Pressen in gleichem Atem mit diesen Schmähungen gegen Österreich-Ungarn „die Befestigung des Blockes der Alliierten“ fordert —, das hieße logischerweise „die Verdoppelung ihrer eigenen Knechtschaft“.

Glauben unsere Feinde wirklich, mit solchem plumphen Manöver auf unsere Verbündeten Eindruck zu machen? Glauben sie, ein Bündnis, das mit gemeinsam vergossenem Blut gekittet ist, ließe sich durch solche Anwürfe erschüttern? Glauben sie, Österreich würde seinen Feinden mehr als seiner eigenen Einsicht glauben, was seinen berechtigten Interessen dient? Die Ausführungen der Entente gleichen den Gedankengängen des Liebhabers, wenn sich die Langumworbene dem besseren Mann vermählt: „sie hat sich eben weggeworfen. Die Brutalität hat wieder einmal gesiegt“. Solche Meditationen des Verschmähten wirken immer etwas lächerlich.

Mit Recht schreibt Goeglich in der „Kreuzzeitung“ vom 22. Mai: „Auch der Bund, der jetzt vertieft und ausgebaut werden soll, bleibt der Bund zweier Souveränitäten, wie

ihn Bismarck und Andrássy geschlossen haben. Der „Naumannsche Oberstaat“ wird daraus nicht entstehen und daher wird es auch keine absolut einheitliche auswärtige Politik der beiden Staaten geben. Hohenzollern und Habsburg schließen und schließen den Bund als „zwei gleichberechtigte Monarchien“. Es handelt sich bei Abschluß und nach Abschluß des Bündnisses um gleichberechtigte und selbständige Staaten. Wie sinnlos die Unterstellung ist, wir wollten Österreich etwas von seiner staatlichen Selbständigkeit nehmen, beweist die Geschichte. Hat doch Preußen den Krieg 1866 durchgeföhrt, um sich und Österreich zu selbständigen Staaten zu scheiden, und Deutschland sollte jetzt Verlangen tragen, Österreich und damit den alten Gegenfaz wieder in sich aufzunehmen? Wir haben den historischen Beweis dafür, daß die beiden Staaten darauf angewiesen sind, verbündet aber selbständig zu bleiben, zusammenzugehen, aber nicht ineinander aufzugehen.

Von einem Vasallitätsverhältnis in dem von der Entente gemeinten Sinne läßt sich nur reden, wenn ein Staat dem anderen dienstbar wird, wenn das Bündnis eine *societas leonina* ist, wenn der eine Staat sich für die Pläne des anderen opfern darf und bei dem blutigen „Geschäft“ nur am Verlust beteiligt ist. Wir haben dafür die besten Beispiele im Westen und Süden. Für das Verhältnis zwischen uns und unserem Bundesgenossen bedarf es nur der Erinnerung an die deutschen Armeen, die Galizien befreien halfen, die Rumänien zu Boden warfen und die bis tief nach Italien hineingestoßen sind, um deutlich zu machen, wie treulich wir die Lasten des Krieges gemeinsam getragen haben.

Ein Vasallitätsverhältnis, so wie die Ententeblätter meinen, setzt voraus, daß ein Bündnis den militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen lediglich des einen Teiles dient. Wie die Interessen der Mittelmächte an dem neuen Bündnis beteiligt sind, das lehrt ein Blick auf die Landkarte: die beiden Nachbarn an der großen Handelsstraße, die zum Orient führt, die beiden Verwandten, die Haus an Haus wohnen, die Waffenbrüder, die ihre zusammenhängenden

Grenzen seit vier Jahren gegen die gleichen Feinde verteidigen, sind geradezu aufeinander angewiesen. Der „Libre Parole“ fand hier das richtige Wort, das erweiterte und vertiefte Bündnis sei „logisch“. Es ist historisch, geographisch und ethnographisch betrachtet einfach eine Selbstverständlichkeit. Es ist wirtschaftlich, politisch und militärisch angesehen eine Notwendigkeit. Daß bedarf für den Einsichtigen keiner weiteren Begründung und wird durch die entstellende Kritik der Entente-presse nicht widerlegt, sondern vielmehr bestätigt.

Diese Kritik der durch den Gang der Ereignisse Enttäuschten ist um so mehr verständlich, wenn man den Wert des neuen Zweibundes, der sich zum Vierbund auszuwachsen verspricht, mit dem des Vielverbandes für die Zeit nach dem Kriege vergleicht. Die Entente ist für den Krieg und für kriegerische Ziele — die Revanche Frankreichs, die Raublust Italiens, der britische Handelsneid usw. — geschlossen. Sie wird nach dem Kriege in betrogene, einander verfeindete Staaten zerfallen, von denen jeder den anderen für den gemeinsamen Mißerfolg verantwortlich macht, ein Schauspiel, dessen Beginn wir heute schon beobachten können. Die Entente ist offener Natur. Demgegenüber hat schon Bismarck 1879 ein defensives Bündnis geschaffen mit dem ausdrücklichen Zweck, den Frieden zu erhalten. Dieses friedliche Ziel ist jetzt ausgebaut und vertieft worden und wird erst im Frieden seine vollen Früchte tragen. Daß ein solches Bündnis unseren Feinden mißfällt, wen kann es verwundern!

Die bewußte Mißdeutung, die das Ergebnis der Kaiserbegegnung bei unseren Gegnern fand, mußten wir erwarten. Schmerzlich berührt uns die schiefe Auffassung, mit der unlängst ein süddeutsches Blatt an seine Beurteilung ging. Die „Münchener Post“ vom 23. Mai führt unter der Überschrift „Deutscher Bund und Mitteleuropa“ aus, durch Mitteleuropa werde der Deutsche Bund erneuert, nachdem durch die „Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik“ 1866 „der letzte verbindende Faden zerrissen worden“ sei, der Preußen, Österreich und die deutschen Einzelstaaten zu einem deutschen, zu einem mittel-

europäischen Bunde verband. Das ist eine völlige Verkennung sowohl der geschichtlichen Tatsachen wie auch der politischen Absichten bei dem Bündnisabschluß, ganz abgesehen von der Undankbarkeit, mit der hier das Werk der Reichsgründung herabgesetzt wird.

Es ist nicht richtig, daß Bismarck 1866 den letzten Faden zerrissen habe, der damals die jetzt geeinten Staaten zu einem mitteleuropäischen Bund verknüpfte. Vielmehr begann schon in Nikolsburg, wo er seine ganze staatsmännische Autorität dafür einsetzte, das Bestreben Bismarcks, an Stelle der alten Fesseln, durch die Preußen und Österreich derart aneinander gebunden waren, daß sie bei jedem Schritt sich gegenseitig hinderten, neue Fäden weitköpfig anzuknüpfen. 1866 hat nicht nur Preußen, sondern auch Österreich-Ungarn zu einer selbständigen Großmacht erst werden lassen. Sie waren damals beide zu groß geworden, um im gleichen Hause wohnen zu können, ohne einander den Raum streitig zu machen. Nachdem sie ihre Gebiete nachbarlich abgegrenzt hatten, wurden sie aus einem gegenseitigen Druck zu einer gegenseitigen Hilfe. Dem hat Bismarck schon am 11. Januar 1887 im Reichstag Ausdruck gegeben mit den Worten: „Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnis, wie es weder im Deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge, noch

früher im Heiligen Römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist, nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben.“ Unsere Beziehungen, führte er weiter aus, beruhten nicht auf der Grundlage, daß eine von beiden Nationen sich und ihre Macht und Politik vollständig in den Dienst der anderen stellen könne, es gäbe spezifisch österreichische Interessen, für die wir uns nicht einsetzen könnten, und spezifisch deutsche Interessen, für die es Österreich nicht könne. „Österreich hat das Interesse, daß Deutschland als große, volle und starke Macht erhalten bleibe; Deutschland hat dasselbe Interesse in bezug auf Österreich.“ Der Schluß, zu dem Bismarck damals kam: „soweit es sich um unsere beiderseitige Existenz als volle, freie und mächtige Großstaaten handelt, soweit vertreten wir gegenseitige Interessen“, — hat auch heute, und heute erst recht, volle Gültigkeit.

So ist ein Bündnis geschaffen worden, das selbständiger Großstaaten würdig ist. Die überwundenen Fragen, ob Groß- oder Kleindeutschland, soll man seiner geistlichen Entwicklung nicht hindernd in den Weg legen. Sie sind tot und abgetan; man soll sie ruhen lassen.

F. G.



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Vichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Vichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Vögow 8510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.